

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 01.04.2019)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	<i>393 Bereich Arbeit und Integration</i>
Telefon:	0331 / 289 - 1521
Fax:	0331 / 289 - 1518
E-Mail:	<i>Arbeit-Integration@rathaus.potsdam.de</i>

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Herr J. Schulz
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1115
Fax:	0331 / 289 - 841115
E-Mail:	<i>datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de</i>

3. Datenverarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:

Oder

Die Datenerhebung erfolgte bei einem Dritten. Es werden die folgenden personenbezogenen Datenarten/Datenkategorien verarbeitet:

- *Vorname*
- *Nachname*
- *Postalische Adresse (geschäftlich)*
- *Geschäftliche E-Mail-Adresse*
- *Geschäftliche Telefonnummer*

Nur im Falle der Datenerhebung bei einem Dritten:

Die Daten stammen aus der folgenden Quelle:

öffentlich zugängliche Webseite, Werbematerialien oder Visitenkarten

Die Quelle ist öffentlich zugänglich: ja nein

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

Ihre öffentlich zugänglichen Kontaktdaten werden von uns auf Basis einer Interessenabwägung aufgrund eines „berechtigten Interesses“ nach Art. 6 Abs. 1 e,f (DS-GVO) genutzt.

Der Bereich Arbeit und Integration nutzt die Daten, um mit Ihnen in Kontakt zu treten und den arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftspolitischen infrastrukturpolitischen sowie teilnehmerbezogenen Ziele der Landeshauptstadt Potsdam nachzukommen.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
 eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:
- Den Mitarbeitern des Bereiches Arbeit und Integration*
 - Arbeitsgruppe IT-Service bei Systemstörungen*
- Auftragsverarbeiter (Im Rahmen der Softwarebetreuung)
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
- Teilnehmern der Projekte, welche durch den Bereich Arbeit und Integration umgesetzt und betreut werden*
 - Netzwerkpartner, welche zur oben benannten Zielerreichung beitragen (z.B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Arbeitgeber, Träger, Vereine und Andere)*
- Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von der ersten Kontaktaufnahme bis zu dem Zeitpunkt:

- ab dem zu einer Person keine validen Daten vorliegen*
- bis auf Widerruf*
- der Einstellung der Tätigkeit des Bereiches Arbeit und Integration Potsdam*

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de

